



# Europa - quo vadis?



«Die Bedeutung der EU droht aufgrund des Verlusts der britischen Wirtschaftsleistung abzunehmen.»

**Simon Tribelhorn**  
Geschäftsführer des  
Liechtensteinischen Bankenverbandes

**D**iese Frage ist auch für Liechtenstein von massgebender Bedeutung. Als EWR-Mitglied im Herzen Europas ist es nicht nur wirtschaftlich eng mit Europa verflochten, sondern hat auch die EU-Regulierung laufend zu übernehmen. Dabei findet derzeit sowohl wirtschaftlich als auch politisch ein grosser Umbruch statt. Am 25. März 2017 feierte die Europäische Union ihren 60. Geburtstag. Grossen Grund zum Feiern gab es jedoch nicht. Wenige Tage danach hat Grossbritannien als erstes Mitgliedsland in der 60-jährigen Geschichte formell den angekündigten Austritt aus der EU erklärt. Mit dem Einreichen des Gesuchs ist der Austritt noch nicht vollzogen, sondern es beginnt die zweijährige Frist zur Aushandlung des Austritts und der Neuregelung der Beziehungen zwischen Grossbritannien und der EU. Es glaubt jedoch kaum jemand daran, dass diese kurze Frist ausreichen wird, um die äusserst vielschichtigen Beziehungen auf ein neues Fundament zu stellen. So sagte Sir Simon Fraser, der frühere Aussenminister Grossbritanniens, gegenüber BBC Newsnight kürzlich, dass es der EU in erster Linie um die Austrittsverhandlungen ginge, währenddem bei Grossbritannien die Neuregelung im Vordergrund stünde. Gerade Letztere sei jedoch sehr komplex und würde mehr Zeit in Anspruch nehmen. Ferner glaubt Fraser wie

viele andere Politiker auch nicht daran, dass ernsthafte Gespräche noch vor den Wahlen in Deutschland diesen September stattfinden würden.

## Allerorts grosse Unsicherheit

Es herrscht grosse Unsicherheit – politisch und wirtschaftlich. Der Austritt hat gravierende Folgen sowohl für Grossbritannien als auch für die EU. Die weltwirtschaftliche Bedeutung der EU droht aufgrund des Verlusts der britischen Wirtschaftsleistung abzunehmen. Und nicht zu vergessen: Grossbritannien ist Nettozahler an die EU. Ein Austritt Grossbritanniens hat aber auch Signalwirkung und könnte weitere Austritte nach sich ziehen, was zu einer Zersplitterung Europas und zu noch mehr Protektionismus führen könnte. Die EU wird von innen wie von aussen in Frage gestellt. Und last but not least bewegt der mögliche Wegfall des Zugangs zum Europäischen Binnenmarkt auch die ganze britische Finanzindustrie. Diverse Geldhäuser haben entweder bereits Massnahmen getroffen oder einen Plan B in der Schublade. Morgan Stanley hat bereits 2000 Mitarbeiter nach Dublin und Frankfurt verlegt. Derweil buhlen diverse europäische Standorte um britische Firmen und Arbeitsplätze, allen voran Frankfurt, Dublin, Paris und Luxemburg. Auch die Europäische Bankenaufsicht (EBA), in der Liechtenstein durch die FMA vertreten ist, wird über kurz oder lang ihren

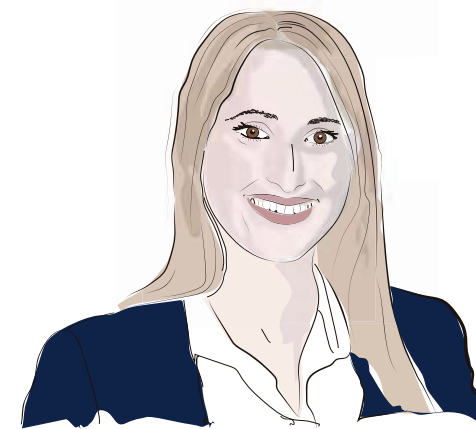
Sitz aus London verlegen müssen. In der Poleposition dürfte Frankfurt sein, wo bereits die EZB beherbergt ist.

Und auch die EU-Kommission ist derzeit nicht untätig. An Erneuerungswillen scheint es dieser offensichtlich nicht zu mangeln. Wohl nicht zufällig hat die EU-Kommission in der Woche, bevor die britische Premierministerin Theresa May am 29. März 2017 das Austrittsgesuch an EU-Ratspräsident Tusk einreichte, gleich mehrere wegweisende Initiativen auf den Weg gebracht. Da wäre zum einen der neue Aktionsplan «Finanzdienstleistungen für Verbraucher» mit dem Ziel, den europäischen Verbrauchern eine grössere Auswahl an und ein besserer Zugang zu Finanzdienstleistungen zu ermöglichen. Die Verbraucher sollen Zugang zu den besten Produkten innerhalb des gesamten Binnenmarktes erhalten, unabhängig davon, ob es sich um einen inländischen oder ausländischen Anbieter handelt. Ein wesentlicher Fokus liegt dabei auf der Nutzung der neuen Technologien. Zeitgleich hat die EU-Kommission deshalb eine umfangreiche öffentliche Konsultation zu FinTech lanciert. Hintergrund der Konsultation ist es, der FinTech-Branche die EU-weite Geschäftstätigkeit zu erleichtern. Interessanterweise schlägt die EU-Kommission in diesem Zusammenhang auch einen europäischen Blockchain-Pilot vor. Die Idee ist hier, eine Art «test and learn»-Umgebung und «proof-of-concept»-basierte Regulierung zu schaffen.

## EWR ebenfalls betroffen

Wohin die Reise geht, werden wir also erst sehen. Eines liegt dabei jedoch auf der Hand: Von all den genannten Entwicklungen ist Liechtenstein als EWR-Mitglied unmittelbar oder mittelbar ebenfalls betroffen. Der Marktzugang ist für Liechtenstein und dessen Wirtschaft von zentraler Bedeutung und genau darum geht es zu einem grossen Teil auch aktuell. Die Diskussionen über die letzten Jahre rund um die Integration des EWR in das europäische Aufsichtsregime haben andererseits gezeigt, wie schwierig und langwierig solche Prozesse sein können. Der EWR steht dabei in Brüssel nicht zuoberst auf der Prioritätenliste. Vor dem Hintergrund der aktuellen Umbrüche, die viel weitreichender nicht sein könnten, ist die liechtensteinische Aussenpolitik in den kommenden Jahren somit vor grosse Herausforderungen gestellt und die Beziehungen zu Brüssel und den anderen EWR-Partnerländern enorm wichtig.

## VORWORT



**Dorothea Wurmbbrand-Stuppach**,  
Leitung «Geld und Vermögen»

## Ein Stillstand, der gut ist?

Egal, ob es um den Kauf des Familienautos geht oder um die Finanzen: Frauen entscheiden oft für die ganze Familie. Überraschend ist: Sie entscheiden in 89 Prozent der Fälle auch, bei welcher Bank das Familienkonto eröffnet wird. Dunja Kern, bei der Bank Coop verantwortlich für das Kundinnenprogramm, findet: «Wenn wir Frauen gezielt ansprechen, erreichen wir damit auch mehr Männer und Familien.» Wie Banken mit dem Wissen umgehen, darüber berichten wir in dieser Ausgabe von «Geld und Vermögen».

Ein Interview mit Vermögensverwalter Alfons Thöny von Salmann in Vaduz zeigt zudem: Das Niedrigzinsumfeld macht Investieren für Kunden nicht einfach. Welche Auswege aus der Zinsfalle gibt es? Sind Aktien die Antwort auf diese Frage? Thöny spricht zudem allgemein über den Finanzplatz Liechtenstein: Welche Argumente diesen attraktiv machen und was sich verändern sollte. «Ich wünsche mir, dass wir die Ruhe finden, die aktuellen Regulierungen gut zu verarbeiten», sagt Thöny im Interview. Es gebe permanent Neuerungen auf dem Gebiet. Die Anforderungen von regulatorischer Seite an unabhängige Vermögensverwalter seien enorm hoch. «Eine Pause wäre nicht schlecht», sagt er weiter.

Der Umbruch hat aber offenbar auch sein Gutes: Vermögensverwalter stehen vor einem Neuanfang. Verheissungsvolle Zeiten stehen an, glauben einige Asset Manager in Liechtenstein. Wie sie diese nutzen sollen, darüber spricht Vermögensverwalter Alfons Cortés in dieser Ausgabe.

## Wirtschaftsregional

### Geld und Vermögen

#### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Vaduzer Medienhaus AG  
**Geschäftsführer:** Daniel Bargetze  
**Bereichsleiter Wirtschaft:** Stephan Agnolazza  
**Grafik/Design:** Stefan Aebi  
**Fotojournalisten:** Daniel Schwendener (Leitung), Tatjana Schnalzer  
**Marketing/Verkauf:** Patrick Flammer (Leiter), Tristan Gabthuler, Kerstin Mühlebach (Innendienst)  
**Abonnentendienst:** Susanne Hehli  
**Druck:** Somedia Partner AG, 9469 Haag

**Adressen:** Vaduzer Medienhaus AG, Lova Center, 9490 Vaduz, Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17, www.wirtschaftsregional.li

## Inhaltsverzeichnis



**Alfons Thöny** ..... 7  
Der VR-Präsident von Salmann im grossen Interview.



**Female Banking** ..... 4+5  
Sie haben ein Händchen für Finanzanlagen, sagt man. Und sie seien die treueren Kunden. Wie sich Frauen mit Finanzen beschäftigen und was Banken mit diesem Wissen anstellen.